

Beschlussantrag zur Landesvorstandsklausur (2./3.März 2018)

Stellungnahme des CDU Landesvorstandes zu den EU-Russlandsanktionen

Der CDU Landesvorstand bekennt sich bei der Bewertung der EU-Sanktionen gegenüber Russland zu der im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vereinbarten Formulierung:

"Bei Umsetzung der Minsker Vereinbarung sind wir zu einem Abbau der Sanktionen bereit und werden dabei einen Dialog mit unseren europäischen Partnern führen."

Die von allen Mitgliedstaaten der EU beschlossenen Sanktionen gegen Russland waren eine Reaktion auf die völkerrechtswidrige Annexion der Krim und die hybride Kriegführung Russlands im Osten der Ukraine. Diesen schweren Anschlag auf die europäische Friedensordnung konnte weder die EU noch die deutsche Bundesregierung hinnehmen. Da militärische Maßnahmen ausgeschlossen waren und ausgeschlossen bleiben, entschied man sich für gezielten wirtschaftlichen Druck gegen die wichtigsten Akteure dieser völkerrechtswidrigen Politik. Dieser Druck war bisher nicht wirkungslos. Ohne die Sanktionsentscheidungen der EU wäre es nicht zu dem in Minsk vereinbarten Waffenstillstand gekommen. Ziel der Sanktionen bleibt weiterhin Russland zu mehr Gesprächsbereitschaft bei der Suche nach einer politischen Lösung des Ukraine Konflikts in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht zu bewegen. Der zentrale Gradmesser bei den Wirtschaftssanktionen ist heute die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen.

Insofern sind die Sanktionen umkehrbar.

Forderungen nach Aufhebung der Sanktionen ohne erkennbare Fortschritte bei der Befriedung des Ukraine Konfliktes widersprechen dem Bestreben der EU wie auch der deutschen Bundesregierung für Stabilität und friedlichen Verhältnissen in Europa einzutreten.



Jürgen Scharf

Vors. EAK



Dr. Christoph Bergner

Vors. OMV